№ 7. Inowraclaw, Montag, den 22. Januar. 1866.

# Kujawisches Wochenblatt.

## Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Hiesige 11 Sgr., durch alle Kgl. Postanstalten 12¾ Sgr.

Fünfter Jahrgang.

Verantwortl. Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1¼ Sgr. Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nr. 7

## Die Erwartungen des Volkes vom Landtage.

Während sich die Politiker aller Parteien über die Art, die Behandlung der dem Landtage zukommenden Geschäfte streiten und die sich einander näher stehenden Gesinnungsgenossen über die beste Taktik sich mit einander zu verständigen suchen, welche die liberale Partei im Abgeordnetenhaus dies Mal einschlagen soll, ist es interessant zu beobachten, was denn im Volke eigentlich für eine Erwartung vom Landtag, d. h. von der liberalen Partei auf dem Landtage gehegt wird. Die große Staatsfrage, d. h. die Verständigung über den Militär-Etat wird vorläufig gar nicht mehr in Aussicht genommen. Wie die Regierung in ihren Organen sich auch jetzt wieder darüber ausspricht, so mußte jede Erwartung schwinden, welche auf einen Schritt der Regierung gerichtet war, der zu einer Erleichterung der Militärlast und dadurch zu einer Verständigung führen konnte. Bei der Nachricht von den verschiedenen Armee-Reduktionen, großen und kleinen, besonders in Oesterreich und Frankreich, hofften Manche, der Augenblick der Verständigung sei jetzt nahe. Sie hatten immer geglaubt, die Regierung habe sich doch im Laufe der Verhandlungen mit dem Abgeordnetenhause und durch ihre Beobachtungen im Lande selbst, besonders durch die Klagen über Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande, überzeugt, daß sie bei der Reorganisation die Stärke der Armee doch zu hoch gegriffen habe. Man war im Lande geneigt, Herrn v. Patow, dem Finanzminister der neuen Aera, die Einführung der Reorganisation zuzuschieben, weil er bei der Erörterung der Kosten der Reorganisation sich damit begnügt habe, blos die Steuererträge mit Rücksicht auf die Bezahlung der neu eingestellten Mannschaften zu berücksichtigen, nicht aber den großen Verlust an Arbeitskräften, den das Land, und gerade das platte Land, das den Haupttheil der Armee liefert und wo sich die entzogenen Arbeitskräfte nicht so leicht ersetzen lassen, dadurch erleidet. Diesen Schritt des Herrn v. Patow, glaubte man, hätten die vier harten Jahre gut gemacht, in welchen die Landbevölkerung den Arbeitsmangel erlitten und auch laut und schmerzlich beklagt hat. Manche glaubten deshalb, die Regierung warte nur auf eine günstige Gelegenheit, um einzulenken, ohne ihrer Autorität etwas zu vergeben. Diese Hoffnung ist, wie gesagt, gänzlich geschwunden; man erwartet nicht mehr, daß die Regierung in diesem Augenblick in der Militärfrage entgegenkommen werde, und man denkt noch viel weniger daran, daß die Abgeordneten sich zu einem Nachgeben bestimmen lassen werden, welches nach ihrer Kenntniß des Landes mit ihrem Gewissen nicht zu vereinen ist. Der Moment, diese Frage und damit die Budgetfrage auszutragen, ist also noch nicht gekommen und das Abgeordnetenhaus vermag, wenn es sich nicht vom Lande trennen will, am wenigsten etwas zu thun, um ihn herbeizuführen. Erwartungen dieser Art werden auch gar nicht ausgesprochen. Erwartet aber wird im Lande, daß das Abgeordnetenhaus, wie es auch seine sonstigen Arbeiten erledigen mag, die Beschwerden und Klagen über die Verwaltung, über die Rechtspflege, über die Steuerlast u. s. w. ausführlich und deutlich zur Sprache bringt, und sich nicht blos damit begnügt, sie dem Minister anzuzeigen, sondern sich und das Land auch über den Weg klar macht, auf dem künftig, wenn derartige Veränderungen in unserer Gesetzgebung möglich sind, diesen Uebelständen auf dem Wege der Gesetzgebung, d. h. der vollständigen Umgestaltung unseres Verwaltungs- und Justizwesens abzuhelfen ist.

## Vom Landtage.

**Abgeordnetenhaus.** Zweite Sitzung vom 17. Jan. Der Ministertisch ist unbesetzt. Bei der Wahl des Präsidenten erhält Grabow 192 und v. d. Heydt 24 Stimmen. Grabow dankt für das bewährte Vertrauen und verspricht gewissenhafte und parteilose Führung des Amtes. Das Düstere im letzten Jahre vor der Kammer und dem Lande aufgerollte Bild über die Lage im Innern sei seitdem noch mehr verfinstert. Grabow erinnert an die Vorwürfe, welche die Regierung in der Schlußrede im vorigen Jahre dem Hause machte. Hierdurch ermuthigt, wagte die Regierungspresse unbelästigt ihre leidenschaftsvollen Beschuldigungen; Geistliche sogar hätten unberufene Schritte der maßlosesten Ueberhebung gegen den zweiten der gleichberechtigten gesetzgebenden Faktoren des Staates gethan. Dagegen sei das Abgeordnetenfest in Köln sogar durch bewaffnete Hand verboten. Der Verfassungskonflikt sei ohne Verschulden des Abgeordnetenhauses chronisch geworden. Ungeachtet der in der Allerhöchsten Verordnung vom 19. März 1858 und vom 17. Dezember 1859 verheißenen Verfassungsreformen sei der politische Theil der Gesetzgebung gänzlich zum Stillstand gebracht. Nur das Herrenhaus sei im Verordnungswege endgiltig vermehrt. Vergeblich hoffe das Land auf Gesetze betr. die Minister-Verantwortlichkeit und die Oberrechnungskammer, vergeblich auf eine liberale Unterrichts-, Gewerbe-, Kreis- und Provinzial-Ordnung. Die Verwaltung ist der freisinnigen Grundsätze gänzlich entkleidet. Dies bezeugen die Maßregelungen der freisinnigen Zeitungen, Vereine, Versammlungen und Beamten. Das preußische Volk und seine Vertreter werden niemals die unleugbare Wahrheit verleugnen, daß das materielle Staatswohl und die äußere Sicherheit zunächst die rückhaltlose Anerkennung und die gewissenhafte Erfüllung des beschworenen öffentlichen Rechtes fordern. Nur die auf diese Wahrheit gegründete Freiheit wird durch Achtung des allein durch die höhern deutschen Interessen beschränkten Selbstbestimmungsrechts der deutschen Bruderstämme zu moralischen Eroberungen und zur befriedigenden Lösung der schleswig holsteinischen Frage und mit ihr zur bundesstaatlichen Einigung Deutschlands führen. Möge Preußen in Erfüllung seines deutschen Berufes einen solchen freien Entwickelungsgang unverweilt einschlagen, ehe es durch Oesterreich überholt und ehe es zu spät ist. Dann wird Deutschlands dereinstige verfassungsmäßige Vertretung eine große Zukunft unseres Vaterlandes freudigen Herzens in den mächtigen Händen unserer Könige gesichert sehen. Dies ist mein Wunsch.

Zu Vicepräsidenten werden darauf die Abg. v. Unruh und v. Bockum Dolffs mit großer Majorität wieder gewählt. Sie nehmen dankend an.

Der Abgeordnete v. d. Heydt protestirt Namens der Minorität gegen die Rede des Präsidenten, welche nur im Sinne der Majorität abgefaßt sei. Präsident Grabow erwidert, er glaube auch im Sinne der Minorität gesprochen zu haben. Der Präsident müsse für die außerhalb angegriffene Ehre des Hauses eintreten.

Alsdann nahm das Abgeordnetenhaus fast einstimmig den Antrag Twesten, betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens gegen den Abg. v. d. Leeden, an.

Dritte Sitzung vom 19. Januar. Am Ministertisch: v. Bodelschwingh und Graf Itzenplitz. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen. Die Fach-Commission, zu denen die Mitgliederwahl um 10 Uhr in den Abtheilungen stattgefunden, haben sich konstituirt. Aus den übrigen geschäftlichen Mittheilungen wollen wir hervorheben: ein Schreiben des Abg. Dr. Jacoby, worin derselbe seine Haft anzeigt. Der Präsident erklärt, daß unter diesen Umständen Dr. Jacoby als entschuldigt angesehen werden könne. — Der Justizminister hat dem Präsidium angezeigt, daß er den Beschluß des Hauses von der vorigen Sitzung wegen der Sistirung der Untersuchung gegen den Abg. v. d. Leeden sofort dem Appellationsgericht zu Breslau mitgetheilt habe. — Ferner ist eine Anzahl von Telegrammen und Schreiben von politischen Körperschaften beim Präsidium eingegangen. — Von dem Abg. Dr. Virchow ist folgender Antrag eingebracht worden: zu erklären, „die von dem Ministerpräsidenten in der Eröffnungsrede im Namen der Regierung abgegebene Erklärung über die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußens widerspricht deutlichen Bestimmungen der preußischen Verfassung. Das Haus der Abgeordneten erklärt daher jede Vereinigung von Lauenburg mit der Krone Preußens so lange als rechtsungiltig, als die Zustimmung des preußischen Landtages nicht erfolgt ist." Dr. Virchow befürwortet seinen Antrag in kurzen Worten und bittet, denselben einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Das Haus ist damit einverstanden. — Von dem Abg. Dr. Becker (Dortmund) ist folgender Antrag, genügend unterstützt, eingebracht worden: zu beschließen: den Vertrag, betreffend Aufhebung der dem Staate zustehenden Amortisation der Cöln-Mindener-Eisenbahnaktien, nach seiner Verfassungsmäßigkeit zu prüfen. — Auch dieser Antrag wird einer besonderen Commission von 17 Mitgliedern überwiesen. — Von dem Abg. Dr. Virchow ist der Antrag auf Aussetzung des

Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Freie (Minden) und von den Abg. Frhrn. v. Hoverbeck auf Aussetzung des gegen den Abg. Dr. Lüning schwebenden Strafverfahrens eingebracht; beide Anträge werden zur Schlußberathung gelangen und ist der Abg. Aßmann, da der Abg. Rohden wegen seines kränklichen Zustandes gebeten, ihn zu dispensiren, zum Referenten ernannt. — Es erhält nunmehr das Wort: der Finanzminister v. Bodelschwingh: In Folge Allerh. Ermächtigung lege ich dem hohen Hause einen Gesetz-Entwurf, betreffend den Staatshaushalts-Etat pro 1866 vor. Es sind darin die Einnahmen veranschlagt auf 157,237,199 Thlr. (Bewegung), die Ausgaben auf 157,237,199 Thlr., darunter 9,304,956 Thlr. an einmaligen Ausgaben. — Ich glaube, daß es das Haus und auch das Land interessiren würde, wenn ich einige Zahlen aus dem Entwurfe mittheile im Vergleiche zu dem vorjährigen Etat. Der diesjährige Etat schließt exklusive der hohenzollernschen Lande mit 156,973,770 Thlr., also mit einem Mehr von 6,534,996 Thlrn. gegen das Vorjahr ab, und nach Abzug der nothwendigen Betriebs- und Erhebungskosten mit einem Nettomehr von 3 764,831 Thlr. Diese Summe besteht aus Mehrüberschüssen, z. B. durch Ausnutzung der Forsten 1,174,332 Thlr. bei Berg- und Hütten-Verwaltung durch größere Ausbeute 503,641 Thlr., durch Intraden bei der Köln-Mindener Bahn 1,735,940 Thlr. Diesen Mehreinnahmen stehen Minderüberschüsse und Mindereinnahmen entgegen, immer im Vergleiche zum Vorjahre, welche theils durch die Handelsverträge, Ermäßigung der Zölle und Tarife, Aufhebung der Uebergangssteuer und Steuer von inländischen Weine entstehen, aber durch andere Mehreinnahmen bei den indirekten Steuern bis auf 188,380 Thaler gedeckt sind. Bei der allgemeinen Kassenverwaltung stellt sich ein Minus von 361,236 Thlrn., bei der Telegraphen-Verwaltung ein Minus von 146,040 Thlrn. heraus. Nach Abrechnung aller Ausfälle ergiebt sich das Mehr von 3,604,834 Thalern und rechnet man die Ueberschüsse an Einnahmen, sowie die Ersparnisse bei den Ausgaben hinzu, so bleibt an Deckungsmitteln die Summe von 4,374,423 Thlrn., worüber bei den einzelnen Verwaltungen disponirt worden ist, z. B. für Aufbesserung von Gehältern. Unter den extraordinären Ausgaben befinden sich 100,000 Thaler als erste Rate für die Uebersiedelung rc. der Porzellanmanufaktur, 950,000 Thlr. für das Kriegsministerium zu Festungsbauten, Beschaffung von Geschützen, Munition rc. Der Minister übergiebt den Etat nebst Anlagen. Ueber die geschäftliche Behandlung entsteht eine lange Debatte.

Präs. Grabow schlägt vor, den Budgetgesetzentwurf wie gewöhnlich der Budgetkommission zu überweisen. — Abg. Twesten beantragt, über die geschäftliche Behandlung desselben erst Beschluß zu fassen, nachdem das Haus von den Vorlagen Einsicht genommen haben werde. Er wünscht deshalb Vertagung des Beschlusses auf einige Tage. Dem Vorschlage des Präsidenten schließen sich an die Abg. Osterrath, Stavenhagen, Bockum-Dolffs, Reichensperger, Waldeck, während für Twesten's Antrag die Herren v. Hennig und Dr. Löwe sich erklaren. Hierauf erklärt Abg. Twesten: Ich ziehe jetzt den Vertagungsantrag zurück und stelle nunmehr den Antrag, das Budget zunächst nach §§. 16 und 17 unserer Geschäftsordnung in einer Vorberathung im ganzen Hause in Erwägung zu ziehen.

Abg. Dr. Faucher unterstützt den Antrag.

Abg. Dr. Waldeck: M. H., Sie sehen von wie verschiedenen Gesichtspunkten aus eine Vorberathung des Budgets empfohlen werden kann. Daß [illegible] Vorberathung über das Budget selbst stattfinden soll, ist natürlich mit diesem Antrag nicht gemeint, denn wir müßten uns sonst auf eine Debatte einlassen, ohne eigentlich zu wissen, worüber wir debattiren. Der Abg. Twesten hat zur Begründung seines Antrags ein Bild unserer traurigen Lage, das ich gewiß nicht abschwächen will, vor uns aufgerollt und uns die vorgekommenen Verfassungsverletzungen noch einmal vorgeführt. Da nun aber der Kern des Conflikts, in dem wir stehen, darin liegt, daß Jahre lang Ausgaben geleistet wurden, die von dem Abgeordnetenhause ausdrücklich abgesetzt waren, so ist mir nicht recht klar, was in dieser Beziehung noch zur Kenntniß des Volkes gebracht werden soll. Wer in diesem Punkte jetzt noch nicht klar sieht, an dessen Verständniß müßte ich für immer verzweifeln (lebhafte Zustimmung!), und ich glaube in der That, daß man überall klar sieht, natürlich mit Ausnahme derer, die auf dem feudal-absolutistischen Standpunkte stehen und doch dabei eine Kammer haben wollen (Ruf: „sehr richtig!")

Abg. Dr. Löwe (Bochum): Meine Herren! Man kann mit dem Abgeordneten Waldeck über die politischen Fragen sonst vollkommen übereinstimmen und wird sich doch im Widerspruch mit ihm die Frage vorlegen müssen, ob nicht der Augenblick gekommen sei, daß eine andere Behandlung des Budgets Platz greifen muß. Wir stehen am Schlusse der Legislaturperiode und haben unseren Wählern gegenüber unser Testament zu machen; wir haben zu erklären, was wir mit unserem Mandat angefangen und in diesen 3 Jahren geleistet haben. Wir haben also die Pflicht, auch den Schein zu vermeiden, als ob wir noch in regelmäßigen Zuständen lebten, wir müssen den Wählern sagen, daß wir in den Finanzangelegenheiten jetzt eine geringere Garantie haben, als unter dem absoluten Staate.

Abg. Schulze-Delitzsch: Ich meine, wir verrücken die Stellung unserer Budgetkommission, wenn wir der Budget-Commission ohne Weiteres unter den obwaltenden Umständen die Gesetzvorlage übergeben. Diese Commission ist eine Fachkommission, eine technische Commission. Verwerfen Sie daher, meine Herren, die Debatte im Hause nicht: Ihre Budgetkommission steht alsdann auf einem viel klareren Standpunkte.

Abg. v. Forkenbeck spricht ebenfalls für den Twestenschen Antrag.

Abg. Graf Schwerin wendet sich gegen den Antrag des Abg. Twesten.

Abg. Gneist spricht sich gleichfalls gegen den Twestenschen Antrag aus und bemerkt, daß aus Gründen der Gerechtigkeit einem solchen präjudiciellen Antrage nicht Folge zu geben sei.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen. Zunächst wird der Twesten'sche Antrag mit sehr großer Majorität verworfen und darauf der Gesetzentwurf über den Staatshaushaltsetat der Budgetkommission überwiesen.

Der Finanzminister legt den Vertrag zwischen Preußen und dem Herzogthum Anhalt behufs Anschluß des letzteren an den Zollvertrag; ferner den Vertrag zwischen Preußen und Luxemburg wegen des Anschlusses des letzteren an den Zollvertrag, und endlich einen gleichen Vertrag zwischen Preußen rc. und Bremen vor. Das Haus beschließt auf Antrag des Ministers, über die Verträge in die Schlußberathung einzutreten. — Der Handelsminister überreicht den Handels-Vertrag mit Italien und den Schifffahrts-Vertrag mit England und beantragt, dieselben den Kommissionen für Handel und für Finanzen zu überweisen. Ferner überreicht der Minister einen Entwurf, betreffend die Festsetzung des Medizinal-Gewichts. Die ersteren beiden Verträge werden den von dem Minister [illegible] Kommissionen überwiesen. Der dritte [illegible] soll erst gedruckt werden, ehe über seine geschäftliche Behandlung beschlossen wird. — Schließlich wird die Wahl des Abg. Fischbach für gültig erklärt und um 2½ Uhr die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitz. Dienstag.

# Deutschland.

**Berlin.** Die gestrige Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses hat erfüllt, was schon die vorbereitenden Sitzungen der beiden großen liberalen Fraktionen voraussehen ließen. Das Haus hat einfach die Berathung des Budgets in der bisherigen Form beschlossen. Von Seiten der Fortschrittspartei sind Anträge auf Annullirung der Königlichen Verordnung in Betreff der Annectirung Lauenburgs und des Vertrages mit der Cöln-Mindener-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft gestellt worden. Anträge auf zeitweilige Aufhebung des strafgerichtlichen Verfahrens gegen den Volksvertreter, die auch außerhalb der Kammer durch die Presse ihren Standpunkt vertreten haben und deshalb in Anklagestand versetzt sind eingebracht worden in Betreff der Abgeordneten Dr. v. d. Leeden, Dr. Frese und Dr. Lüning. Johann Jacobi, der allbewährte Vorkämpfer preußischen Verfassungsrechts, hat dem Hause angezeigt, daß er nicht in der Lage sei, seinen Sitz in der Volksvertretung einzunehmen, weil er in diesem Augenblick noch in der Abbüßung einer sechsmonatlichen Haft begriffen sei. Der Gegenstand, wegen dessen er verurtheilt worden, war bekanntlich seine berühmte Rede vor den Wahlmännern seines Wahlbezirks am Schlusse der vergangenen Session.

**Altona**, 20. Januar. Gegen den Redakteur May ist eine neue Untersuchung in Perleberg angestrengt worden und die Vorladung auf den 26. Januar anberaumt; im Falle des Ausbleibens ist zwangsweise Gestellung angedroht. Da der Oberstaatsanwalt gegen die frühere Freisprechung des Perleberger Kreisgerichts appellirt hat, so ist in zweiter Instanz die Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Berliner Kammergericht auf den 23sten Januar angesetzt worden.

Aus Wien wird eine Nachricht verbreitet, welche auf das gespannte Verhältniß der beiden Mitbesitzer ein grelles Licht wirft. Man denkt nämlich trotz des bekannten Erlasses des Herrn v. Gablenz immer noch an die Einberufung der holsteinischen Stände. Das Wiener Cabinet ist, — so schreiben die Offiziösen, aber freilich nicht die Offiziellen! — nicht gewillt, das Herzogthum Holstein vielleicht noch jahrelang ohne die Mitwirkung der gesetzlichen Landesvertretung zu regieren. Als einen vorzüglichen Grund dafür, daß die Berufung der Stände baldigst erfolgen werde, giebt man an: Oesterreich beabsichtige durch diesen Schritt, das Gerücht zu unterdrücken, daß es Holstein aussauge.

# Frankreich.

**Paris**, 17. Jan. Von den Auslassungen der hiesigen Blätter über die Bismarck'sche Eröffnungsrede ist bisher nur die des Hofblattes, der „France", von einiger Bedeutung. Dieselbe findet aus der Rede heraus, daß Gr. Bismarck bei aller Rührigkeit „durch die Verhältnisse sich gezwungen finde, auf halbem Wege stehen zu bleiben, da sich Oesterreich nach Gastein mehr zugeknöpft, als sympathisch gegen die preußischen Ansprüche erwiesen habe." Die „France" findet überhaupt, daß „in Preußens auswärtiger Politik sichtbar ein Stillstand eingetreten sei; man vertage die Fragen, weil man sie zu lösen nicht vermochte." In diesen Zeilen liegt ein Anzeichen mehr, daß die Westmächte sich um die Frage der Herzogthümer wieder mehr zu bekümmern anfangen und die die in solchen Angaben sonst vorsichtige „Independ." fügt einen neuen Beweis dafür hinzu, indem sie erzählt, die beiden Nationalitäten in Schleswig seien einig geworden hinsichtlich der Bekämpfung eines Ausschusses an Preußen und der Herbeiführung einer Volksabstimmung und die Westmächte seien damit einverstanden. Man erinnert sich bei diesem Gerüchte unwillkürlich

daran, mit welcher Heftigkeit vor etlichen Wochen die Preußischen Blätter in Schleswig es in Abrede stellten, daß ein Besuch des alten Hansen-Grumbye in Nordschleswig, dem man damals ähnliche Motive unterlegte, ja von Erfolg sein könne. In Berlin scheint man jedenfalls das Bedürfniß zu fühlen, gerade in dieser Frage eine kräftigere Vertretung, als bisher, am Kaiserlichen Hofe zu besitzen und so ist denn hier die Nachricht verbreitet, Herr v. Scheel-Plessen werde demnächst den Gr. Goltz abzulösen kommen.

## Spanien.

Das Schweigen über Prim wird immer curioser, ja man fängt bereits an, diese stereotype Furcht desselben für eine einfache Revolutionirung des Landes durch denselben zu halten, nachdem Madrid und Barcelona sich auf das Warten verlegt haben. Es ist bekannt, daß reiche Gutsbesitzer in der Sierra Morena dort bereits den Aufstand organisirt haben. Es ist nun wohl möglich, daß die Bewegung Prims nach dem Süden zu keinen andern Zweck hat, als diese Provinzen zum Centrum zu nehmen. Auch in Catalonien spukt es wieder stärker, wie jetzt selbst der „Moniteur" in einer Depesche verräth, worin die landesübliche allgemeine Ruhe gemeldet, jedoch hinzugefügt wird: „Indeß kommen etliche bewaffnete Menschen in der Gegend von Reus zum Vorschein, die Ordnung ward aber in der Provinz Tarragona nicht gestört; die Truppenbewegungen dauern fort." Auch wird Catalonien von mobilen Colonnen durchzogen, um es im Zaume zu halten. In Barcelona beschränkt man sich vorläufig auf passiven Widerstand, da der Bewegungs-Ausschuß Weisung ertheilt haben soll, durch voreiliges Losbrechen nicht Alles auf's Spiel zu setzen. Der Chef der Mozos de Escuadra, der Polizei-Miliz, die auf das Volk schoß, wird, wo er in Kaffeehäusern u. s. w. erscheint, wie ein Aussätziger gemieden, und die Leute treten so lange auf die Straße, bis der Wirth ihn ehrerbietigst hinauscomplimentirt hat.

---

## Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. Ueber die Ausführung des Eisenbahnprojectes Posen-Thorn verlautet jetzt, daß der Verwaltungsrath dieser Bahn mit der Londoner „Universal Banking Corporation" dieser Tage zu Berlin ein Uebereinkommen abgeschlossen hat. Nach demselben soll besagte Gesellschaft gehalten sein, den Bau der Linie Posen-Thorn in 4 Jahren, und dann in den folgenden 2 Jahren die Zweigbahn Inowraclaw-Bromberg auszuführen, jedoch unter der Bedingung, daß die Kreise den Grund und Boden unentgeltlich hergeben und der Staat eine Subvention gewährt.

— Das Polizei-Präsidium macht auf die dringende Nothwendigkeit aufmerksam, die auf der Rückseite mit einem Ueberdruck versehenen Zehn-Thaler-Banknoten einer genauen Prüfung zu unterwerfen, da neuerdings Nachbildungen derselben häufiger zum Vorschein gekommen seien.

Aus Polen. Die Bauern, welche bisher von Abgaben nichts wußten, da die Grundherrn sämmtliche Lasten zu tragen hatten, wundern sich nicht wenig über die vielerlei Steuern, die man jetzt anfängt, von ihnen zu fordern. Außer der Grund-, Klassen- und Kommunalsteuer werden sie nun auch die Feuerversicherungsbeiträge noch zu zahlen haben, da nach dem Entwurf der Grundsätze zu einer allgemeinen Feuersocietät jedes Gebäude, das den Werth von 20 Rubel erreicht, versichert werden muß. Bei der Einrichtung der Regulirung der Feuersocietätsangelegenheit, wo die Städte vom flachen Lande getrennt sind, wird nicht, wie man Anfangs wollte, das Prinzip der Gegenseitigkeit maßgebend und die Beiträge von dem größern oder geringern Bedürfniß abhängig sein; vielmehr sollen die Beiträge nach der Bauart und Feuergefährlichkeit der zu versichernden Gebäude fest normirt und so lange voll bezahlt werden, bis ein bestimmter Reservefonds gebildet sein wird, wo dann ein Theil der etwaigen Ueberschüsse den Versicherten zu Gute kommen und bei Bezahlung der Prämien gleich in Abzug gebracht werden soll. Viele der Bauern wollen von derartigen Versicherungen durchaus nichts wissen, wo die Verwaltung durch Regierungsbeamte geschieht, zu denen sie in Erinnerung der früheren Zustände kein Vertrauen haben; sie wollen vielmehr unter sich auf Gegenseitigkeit beruhende Societäten unter selbstgewählter, wenn auch unter Regierungsaufsicht stehender Verwaltung gründen und sich so gegen Feuerschaden sichern.

Daß die Regierung darauf nicht eingehen, sondern bei ihrem Vornehmen beharren werde, ist wohl nicht zweifelhaft. Dagegen will sie nichts dagegen haben, daß neben der Landesfeuersocietät auch noch Privatgesellschaften nach gesetzlichen Normen bestehen, und bei diesen Gebäuden, wenn sie wenigstens mit dem Minimum von 20 Rubeln bei jener versichert sind, versichert werden.

Thorn. Die Kennzeichen der falschen russischen Banknoten im Werthe von 5 Rubel sind nach Mittheilung des Herrn Courtier Simonsohn folgende:

1) das Papier der falschen ist stärker als das der ächten,

2) sind die vier runden Ausläufer (die sogenannten Knöpfe) der beiden halbkreisförmigen Randverzierungen auf den falschen Banknoten ebenso dunkelblau gefärbt wie die Randverzierungen, während dieselben auf den ächten ganz hellblau sind. Dieses ist das wesentlichste Kennzeichen der falschen Banknoten,

3) das längs des oberen Randes der ächten Banknoten ausgeführte Wasserzeichen ist deutlich zu sehen, auf den falschen dagegen kaum erkennbar.

— Die Handelskammer hat auf ihr Gesuch, betreffend die Beschlagnahme falscher russischer Banknoten, vom 18. d. den Bescheid erhalten, daß besagtes Gesuch den Königl. Ministerien der Justiz und des Innern zur ressortmäßigen Veranlassung abgegeben worden ist.

Insterburg. Am 15. Januar hat infolge einer Denunciation die Polizei in dem Hause einer hier angesehenen Familie einen Verwandten der letztern in einer düstern Kammer, ganz abgeschlossen von der menschlichen Gesellschaft, vorgefunden. Der Mann, ein Greis von 61 Jahren, ist tiefsinnig und sieht gräßlich aus. Vierzehn Jahre hat er in diesem Raume zugebracht. Die Lebensbedürfnisse sind ihm, wie man hört, reichlich verabfolgt worden, und es soll dieses zurückgezogene Leben sein Wunsch gewesen sein. Augenblicklich befindet er sich im hiesigen Krankenhause.

Aus Goldap wird von einer neuen und eigenthümlichen Anwendung des Bestätigungsrechts der Regierung bei Kommunalwahlen berichtet. Der dort neu gewählte Bürgermeister Weilermann nämlich soll nur probeweise, auf 6 Monate, bestätigt worden sein.

---

## Des alten Feld- und Waldmannes Dung- und Denksteine.

In gesundem Menschenverstande löslich dargestellt von Fr. W. Fr.

1. Wie zum Kriegführen nochmals Geld, Geld und Geld gehört, so erfordert der Ackerbau Dünger, Dünger und nochmals Dünger. Für den Landwirth handelt es sich jedoch darum, zu wissen, welches Maaß von Dünger ist erforderlich und zugleich genügend, um den Acker in constanter Produktionskraft zu erhalten, denn der Dünger ist Betriebscapital und darf weder in zu geringem Maaße angewendet, noch verschwendet werden. Da giebt es nun einen sehr einfachen und durch lange Erfahrung bewährten Satz, und der heißt: Halte mindestens zwei Centner lebendes Inventarium pro Morgen desjenigen Landes, das du unter dem Pfluge hast, streue gut und bringe einen erprobten Fruchtwechsel zur Anwendung.

Das klingt sehr einfach — indessen die Wahrheit ist nun einmal sehr einfacher Natur.

2. Nachbar Schulze sagt: Meine Kuh giebt täglich 9 Quart Milch pro Tag, während Nachbar Müller, der doch auch nicht ohne ist und den besten Klee hat, nur 7 Quart producirt. Darüber entbrennt lichtlohe Feindschaft zwischen Beiden, und Müller schilt Schulze einen Humbugmacher. Es geht aber Alles mit rechten Dingen zu: Schulze's Kuh wiegt 900 Pfund und Müller's Kuh ist nur 700 Pfund schwer — jeder von ihnen gewinnt pro Centner Kuhgewicht durchschnittlich ein Quart Milch pro Tag — und das ist die Moral von der Geschichte.

3. Der alte Feldmann hatte nur ein kleines Gütchen — aber eine feine Witterung — deswegen hielt er die Nase immer auf den Erdboden gerichtet — seine Nachbarn aber hatten sämmtlich große Güter und trugen die Nasen hoch. Sie trieben große Rindvieh-, Pferde- und auch Schweinezucht, während der alte Feldmann sich hauptsächlich mit der Schafzucht beschäftigte. Dabei brachte er nach und nach sein Schäfchen ins Trockene, und nun kam er auf den Gedanken, auch ein großes Gut haben zu wollen. Aber woher nehmen und nicht stehlen? In der Nachbarschaft wollte ihm Niemand etwas ablassen, und von seinem Hofe wollte er nicht herunter. — Indessen, wie schon gesagt, der alte Feldmann hatte eine feine Witterung und hielt die Nase immer auf die Erde gerichtet.

Das führte ihn denn zuletzt auf die Entdeckung, daß unter der Pflugsohle auch noch Grund und Boden sei. Ei, dachte er, wenn du dein Gütchen nicht in der Breite vergrößern kannst, so geh't du in die Tiefe. Gedacht, gethan. Er ließ jedes Jahr einen Zoll tiefer pflügen bis er zuletzt seinen Acker um das Dreifache vergrößert hatte. — Verstanden?

4. Wie der Mensch nur dann seine Leistungsfähigkeit entwickeln kann, wenn er genügend und angemessen genährt wird, so auch das Thier, und so auch der Acker. Ueberall wird die Leistungsfähigkeit in demselben Grade reducirt als die Ernährung eine ungenügende und unpassende ist. Mangelhafte Ernährung ist eine Art Tödtung der Frucht im Mutterleibe — ebenso verderblich und verabscheuungswürdig.

Ein Gut, das nicht constant in kräftigem Düngerzustande gehalten wird, ist eine ebenso traurige Erscheinung wie ein halbverhungertes Pferd. Sich auf einem zum Gerippe abgemagerten Pferde sehen zu lassen, erlaubt der Anstand nicht — das Schamgefühl empört sich dagegen. Dagegen sitzt Mancher auf einem Gutsgerippe und — schämt sich nicht.

5. In neuerer Zeit ist es vielfach nothwendig und üblich geworden, neben dem Stalldünger natürliche und künstliche Hülfsdünger zur Anwendung zu bringen und so den Boden für die Pflanzennahrungsstoffe, die ihm durch den Verkauf landwirthschaftlicher Produkte entzogen werden, durch Einfuhr von außen zu entschädigen. Das ist jedenfalls ein großer Fortschritt. Dabei ist aber wohl zu erwägen, daß im Stalldünger allein die sämmtlichen Pflanzennahrungsstoffe enthalten sind, während die Hülfsdünger immer nur einzelne dieser Stoffe enthalten. Hieraus folgt, daß die einseitige Anwendung der Hülfsdünger, d. h. Knochenmehl allein, Kali allein u. s. w., wie sie größtentheils üblich, eitel Stückwerk ist.

6. Der landwirthschaftliche Gewerbebetrieb erfordert, wie jeder andere, außer dem Anlage-Capital noch ein Betriebs-Capital, und von

der Zulänglichkeit des Betriebs-Capitals ist die Rentabilität des Anlage-Capitals abhängig. Darum, wer du seiest, großer oder kleiner Grundbesitzer, wenn Du das Deinige zu Rathe halten, d. h. ein guter Wirth sein willst, dann siehe dich wohl vor, daß du das angemessene Betriebs-Capital hast. — Eine Wirthschaft, der es daran fehlt, ist eine schlechte Wirthschaft.
(Landw. G.-A.)

Auflösung des Räthsels in Nro. 6
„Ehe".

# Anzeigen.



## Handelsbericht

Inowraclaw, den 29. Januar 1866.
Man notirt für

Weizen: ganz gesunder 127—134pf. 60 bis 63 Thl. weniger ausgewachsener 120—125pf. 50 bis 54 Thl. mehr und stark ausgewachsen 40 bis 45 Thl.

Roggen: 122—127pf. 40 bis 42 T...

Gr.-Gerste: helle, schwere trockene, 30—33 Thl. feuchte, dunkle 28 bis 30 Thl.

W.-Erbsen: trockene Kochwaare 42—44 Thl. feuchte 35 bis 40 Thl.

Hafer: frischer 25 Sgr. per Scheffel.

Kartoffeln: 8—10 Sgr.

**Bromberg**, 20. Januar.

Alter Weizen 65—67 Thl. feinste Qualität 1 — Thl. über Notiz.

Frischer Weizen ganz gesunder 62 — 66 Thl. feinste Qualität 1 Thl. mehr, weniger ausgewachsener 50 — 56 Thl., stark ausgewachsener 42 — 50 Thl.

Roggen 43—44 Thl.

Spiritus $14\frac{1}{4}$ Thl.

**Thorn.** Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier $27\frac{1}{4}$ pCt. Russisch Papier 27 pCt. Klein Courant 26 pCt. Groß Courant 10—15 pCt.

**Berlin**, 20. Januar.

Roggen still loco 48
Januar $48\frac{1}{2}$ - Frühjahr $48\frac{3}{8}$ bez Mai-Juni $49\frac{1}{4}$

Spiritus loco $13\frac{11}{12}$ bz. Januar-Februar $13\frac{7}{8}$ bz. Mai-Juni $15\frac{23}{24}$ Juni-Juli $15\frac{1}{8}$

Rüböl Januar-Februar $15\frac{5}{8}$ — April-Mai $15\frac{13}{20}$ bz.

Posener neue 4% Pfandbriefe $91\frac{1}{2}$ bez.

Amerik. 6% Anleihe v. 1882 $70\frac{7}{8}$ bez.

Russische Banknoten $78\frac{1}{4}$ bez.

**Danzig**, 20. Januar.

Weizen flau Umsatz 50 Lasten.


Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.